

Mitsprache unerwünscht? 2
Bezirksetat ohne Bürgerbeteiligung

2. Standortkonferenz TXL 3
Ideenfindung nimmt Formen an

Klimaschutz heißt Energiewende jetzt

WiR sprach mit Felix Lederle, Kandidat der LINKEN Reinickendorf zur Bundestagswahl 2009

Der fortschreitende Klimawandel hat zunehmend Auswirkungen auf politische Entscheidungen. Auch in Deutschland und zu Recht.

Bereits jetzt sterben 300 000 Menschen jährlich durch die Folgen des Klimawandels. Wenn nicht gegengesteuert wird, werden bis Ende des Jahrhunderts 50 Prozent der Weltbevölkerung an Hunger leiden.

Nachhaltiges Wirtschaften beinhaltet effizientere Nutzung der Ressourcen, eine qualitative Veränderung bzw. Reduktion des Wachstums im reichen Westen und Norden, Fairness im globalen Handel, vor allem aber eine Energiewende.

Zwei Seiten einer Medaille

Die nachhaltige Lösung der ökologischen Frage ist aber unmittelbar mit der sozialen Komponente verbunden. Armut fördert nicht ökologisches Denken.

Felix, DIE LINKE macht konkrete Vorschläge für eine sozial abgestimmte Energiewende. Was heißt das?

Die Knappheit von Öl und Gas, Spekulationen und das Energiewirtschaftskartell in Deutschland lassen die Energiepreise rasant ansteigen. Als Sofortmaßnahme fordert DIE LINKE die Einführung von Energie-Sozialtarifen für Haushalte mit kleinem Geldbeutel und eine angemessene Einbeziehung der Heizkosten in das Wohngeld.

Wie muss eine ökologisch verantwortliche Energiepolitik heute aussehen?

Das auf fossilen Rohstoffen und Atomenergie basierende Energiesystem Deutschlands ist stark von Importen abhängig. Verteilungskämpfe um die schrumpfenden Energievorräte führen zu einer Militarisierung der Energiepolitik

und bergen Gefahren für den Frieden in der Welt. Die ungebremste Verbrennung fossiler Energieträger ist Hauptursache des Klimawandels.

Effizienz und Einsparung

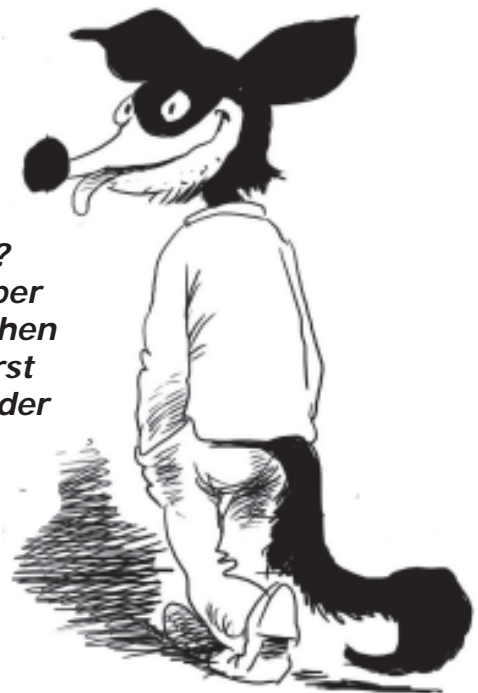
Der einzig vernünftige Weg zu einer langfristig sicheren, umweltfreundlichen und bezahlbaren Energieversorgung führt aus Sicht der LINKEN über erneuerbare Energien, Energieeffizienz und -einsparung. Dies führt außerdem zu wirtschaftlichem Wachstum und zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

Was fordert die LINKE in ihrem Bundestagswahlprogramm 2009?

Ziel der LINKEN ist die Reduzierung des Klimagas-Ausstoßes in Deutschland um 50 Prozent und die Steigerung des Anteils der klimafreundlichen Energie am Energieverbrauch auf mindestens 25 Prozent bis zum Jahr 2020. Ein Neubau von Kohlekraftwerken ist mit der LINKEN nicht zu machen. Während unter Grüner Regierungsverantwortung in Hamburg ein Kohlekraftwerk gebaut wird, hat Rot-Rot in Berlin dies erfolgreich verhindert.

Atomausstieg jetzt

Der Ausstieg aus der gefährlichen und zudem ebenfalls klimaschädlichen Atomenergie muss unverzüglich und unumkehrbar erfolgen, nachdem Rot-Grün dazu nicht in der Lage war. Die beträchtlichen Mittel, die in die Atomforschung fließen, sollen auf die Entwicklung erneuerbarer Energien umgelenkt werden. Die Energie- und Ressourcenbesteuerung muss sich am Umwelt- und Klimaschutz und an den Erfordernissen der Versorgungssicherheit ausrichten.



**Krise?
Darüber
sprechen
wir erst
nach der
Wahl**

Im Strombereich soll der Anteil erneuerbarer Energien mindestens die Hälfte, im Wärme- und Kältesektor ein Viertel betragen. Besonders wichtig ist die dezentrale Energieversorgung in öffentlicher Hand.

Die Debatte um Energieeffizienz berührt auch den Verkehrsbereich...

Genau, DIE LINKE will den Öffentlichen Verkehr ausbauen, preiswerter gestalten, nicht privatisieren.

Konkret: In der Debatte um die Nachnutzung des Flughafens Tegel schlägt DIE LINKE zum Beispiel vor, zumindest einen Teil der Gebäude und des Geländes miet- und pachtfrei für Forschungsprojekte zur Verfügung zu stellen, die sich mit der Weiterentwicklung der Nutzung erneuerbarer Energien und von Elektromotoren und Energiespeichertechnik für Fahrzeuge beschäftigen.

Mehr Infos zum Bundestagswahlprogramm der LINKEN unter:
www.die-linke.de/wahlen/positionen/wahlprogramm

speziell zur Umweltpolitik unter:
www.die-linke-reinickendorf.de/fileadmin/reinickendorf/Wahlen/2009/Umwelt-WP.pdf

Das Interview führte Jürgen Schimrock

Bezirksetat ohne Mitsprache der Bürger?

In acht von zwölf Bezirken geht es anders

Die Haushälter am Eichborndamm haben in diesen Wochen Hoch-Zeit. Ende September muss der Bezirks-haushalt für die Jahre 2010/2011 stehen. Der Haushaltsausschuss der BVV hat in Sondersitzungen die Eckwerte zum Bezirksetat und die Vorgaben für die Abteilungen beraten. Nach Aussagen von Finanzstadtrat Balzer (CDU) befindet sich unser Bezirk „aufgrund der soliden Haushaltsplanung und der strukturellen Einsparungen ... in einer guten Ausgangslage“. Klingt gut.

Dennoch: Die Finanzkrise lässt auch künftig in Berlin und in den Bezirken keine großen Sprünge zu. Trotz der auf Druck der LINKEN deutlich verbesserten Finanzausstattung der Bezirke werden ihnen weiterhin erhebliche Anstrengungen zur Mitteleinsparung abverlangt. Das führt weiter zu sehr harten politischen Auseinandersetzungen, wofür die knappen Mittel eingesetzt werden sollen. Da macht Reinickendorf keine Ausnahme. Am 23. September will die BVV den Etat beschließen.

Welchen Einfluss haben eigentlich die Bürger unseres Bezirkes bei der Aufstellung des Haushaltsplanes?

§ 41 **Bezirksverwaltungsgesetz** (2) verlangt: „Bei wichtigen Planungen und Vorhaben des Bezirkes, die das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl der Einwohnerinnen und Einwohner nachhaltig berühren, insbesondere beim Haushaltsplan und bei mittel- und längerfristigen Entwicklungskonzeptionen

oder -plänen, unterrichtet das Bezirksamt die Einwohnerschaft rechtzeitig und in geeigneter Form über die Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen. Den Einwohnerinnen und Einwohnern soll Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden...“

Finanzstadtrat Balzer hat auf eine Einwohnerfrage des Bezirks-sprechers der LINKEN Reinickendorf, Yusuf Dogan, versichert, das Bezirksamt werde ein „Zeitfenster“ im August finden, in dem sich die Reinickendorfer äußern könnten.

Wer auf der *homepage* des Bezirksamtes unter dem Stichwort „Bürgerhaushalt“ eine Information sucht, erhält aber die vielsagende Antwort: „Leider keine Treffer!“ In acht von zwölf Bezirken Berlins informieren die Bürgermeister und Stadträte die Bürger in Einwohner-versammlungen, Ortsteil- und Kiez-konferenzen darüber, was mit ihrem Geld geschieht oder geschehen soll. In einigen Bezirken werden die Einwohner *vorher* gefragt; ihre Vorschläge gehen in den Haushalt, den Bürger-Haushalt, ein. Für Reinickendorf ein Zukunftsmärchen?

Frank Balzer möchte als künftiger Bezirksbürgermeister - wie er sagt - „seinen eigenen Stil“ im Umgang mit den Bürgern finden, gewissermaßen aus dem Schatten seiner Vorgängerin treten. Hier hätte er die Möglichkeit. Die BVV-Mehrheit von SPD, B90/Grüne, FDP und den Grauen könnte ihn dazu ermuntern. Sie müsste es nur wollen.

Dr. Klaus Gloede
Stellv. Bezirksvorsitzender

„berlinpass“ - Reinickendorf mal so, mal so

Michael Rohr, Mitglied des Bezirksvorstands der LINKEN Reinickendorf, erkundigte sich in der Juni-Sitzung der BVV in einer Einwohnerfrage, welche sozialen und kulturellen Einrichtungen, Vereine und Unternehmen aus Reinickendorf sich mit Angeboten an der Ausgestaltung des „berlinpass“ beteiligen? Bezirksstadtrat Ruschin (CDU) zählte die sieben Angebote auf, die auch auf der Homepage der Senatsverwaltung für Soziales zu finden sind. Aussagen über Angebote z. B. von Vereinen blieb der Stadtrat schuldig.

Als Sportler wollte es **Thomas-David Lühmann**, Sprecher der Linksjugend[„solid“] Reinickendorf,

genauer wissen. In der Juli-BVV fragte er Sportstadtrat Balzer, *ob er nicht seinen Einfluss geltend machen könne, auch Reinickendorfer Sportvereine dafür zu gewinnen, Angebote für den „berlinpass“ ... zu unterbreiten*. Balzer verwies auf das Förderprogramm „Kids in die Sportklubs“, das allen Berliner Kindern und Jugendlichen von 6 bis 18 Jahren, deren Erziehungsberechtigte Empfänger von öffentlichen Sozialleistungen sind, eine beitragsfreie Mitgliedschaft im Sportverein ermöglicht. Der Stadtrat sicherte zu, über die Bezirkssport-AG nochmals alle Sportvereine auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen. A.B

BVV-Splitter

31. Sitzung, 10.6.2009

Sozialstadtrat Höhne (SPD) beantwortete die Große Anfrage (GA) von B90/Grüne „**Sozialstrukturatlas - Reinickendorf im Mittelmaß**“ (Drs.-Nr.: 0845/XVIII) bewährt sachkundig. B90-Fraktionsvorsitzende Peters konstatierte die ständige Abwärtsbewegung, den „dramatischen Zerfall des Bezirkes in einen reichen Norden und armen Süden“. Sie rief auf, die drohende Schließung des Obdachlosenheims in der Kopenhagener Straße zu verhindern. In reinem Wunschdenken sah Frau Skrobek (CDU) unseren Bezirk im *ranking* immer noch auf Platz 2. In den Ausschüssen wird weiter debattiert.

32. Sitzung, 8.7.2009

Im Zentrum der BVV-Sitzung stand das Thema „**Alkoholprävention**“.

Die SPD hatte in einer GA das Bezirksamt (BA) um Auskunft gebeten, „welche Maßnahmen, Initiativen und Projekte die Bezirksamtsabteilung Schule, Bildung und Kultur in den vergangenen 6 Monaten zur verstärkten Alkoholprävention an Reinickendorfer Schulen ange-regt bzw. umgesetzt“ hat (Drs.-Nr.: 0870/XVIII) - zuständig: Frau Schultze-Berndt (CDU). Die CDU konterte, wollte in ihrer GA u.a. wissen, wie viele Mitarbeiter in den Bereichen Jugend und Gesundheit (zuständig: SPD-Stadträte Senftleben und Höhne) mit dem Thema Alkoholprävention beschäftigt, welche finanzielle Mittel für „Alkoholpräventionsaktivitäten“ (so im Text) aufgewendet worden sind. Und ob das BA es für angemessen halte, aus den Ressorts Gesundheit und Jugend Zuständigkeiten, Mitarbeiter und/oder finanzielle Mittel auf das Ressort Schule zu übertragen (Drs.-Nr.: 0881/XVIII).

Nach faktenreicher, kritischer und erstaunlich sachlicher Debatte beschloss die BVV einstimmig: „Das Bezirksamt wird ersucht, eine **ressortübergreifende Projektgruppe** zum Thema „Alkoholmissbrauch - insbesondere bei Kindern und Jugendlichen“ einzurichten. Ziel ist eine ressortübergreifende dauerhafte Befassung aller Bezirksamtsabteilungen mit dem Thema Alkoholmissbrauch sowie die Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen, Projekten und Initiativen zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs - insbesondere von Kindern und Jugendlichen“ (Drs.-Nr.: 0915/XVIII).

Friedrich Wilhelm



Mehr Infos zu kommunalen Themen und der BVV unter:

www.die.linke.reinickendorf.de/kommunales/

Mehr Infos zu „berlinpass“-Angeboten:

www.berlin.de/sen/soziales/sicherung/berlinpass/angebote

Kompetenzfeld nichtfossile Verkehrstechnologien

2. Standortkonferenz zur Nachnutzung Flughafen Tegel gibt Zeitplan vor

Die zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat dazugelernt. Das Nachdenken über eine sinnvolle Nachnutzung des Flughafens Tegel ab 2011 hat bereits begonnen und am 1. Juli fand schon die 2. Standortkonferenz zur Vorstellung der „Werkstatt TXL“ statt.

Wir sprach mit dem Staatssekretär Jens-Peter Heuer (DIE LINKE).

Jens-Peter, Du hast für die Senatsverwaltung Wirtschaft, Technologie und Frauen an der Konferenz teilgenommen. Welche konzeptionelle Entwicklung wäre aus Deiner, aus Sicht der Wirtschafts- und Technologieentwicklung wünschenswert?

Das Areal bietet natürlich enorme Potentiale für industrielle und innovative Kompetenzfelder. In erster Linie zu nennen und aus ökologischer und umweltpolitischer Sicht zu begründende Wirtschaftsbereiche wären nichtfossile Verkehrstechnologien und die Weiterentwicklung der Technik zur Gewinnung erneuerbarer Energien. In Frage kämen z. B. Photovoltaik und Biomasse, vielleicht auch eingeschränkt die Windenergie.

Zu entscheiden wäre als erstes, ob eine weitgehende Nicht- oder eine partielle Wohnbebauung sinnvoll ist oder eine industrielle bzw. gewerbliche Nutzung bevorzugt wird. Was tatsächlich im letzteren Fall an Flächen gebraucht wird, darüber wird seitens des Senats mit den Kompetenzgruppen der Unternehmer diskutiert.

Der Zeitplan für die Planungen und das Werkstattverfahren ist nun gesetzt. Wie geht es weiter und wie werden die Bürgerinnen und Bürger in die Ideenfindung einbezogen?

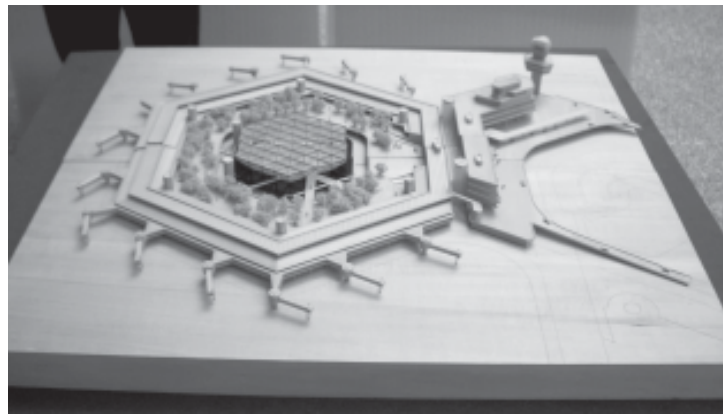
Die verbleibenden gut zwei Jahre bis zur Schließung von TXL bieten keine Zeit zum Ausruhen, aber der Senat hat einen realistischen Zeitrahmen für ein innovatives Werkstattverfahren vorgeschlagen. Schon gegen Jahresende soll die 3. Standortkonferenz stattfinden, auf der die Architektenbüros bzw. -teams ihre hoffentlich innovativen Vorschläge präsentieren sollen.

Bereits jetzt können sich interessierte Bürger und Bürgerrinnen einbringen und ihre Ideen vorschlagen. Dies ist demnächst auf der homepage der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung möglich. Ich hoffe, dies wird intensiv genutzt. Der Diskussionsprozess über das Nachnutzungskonzept wird dann im kommenden Jahr einsetzen.

Der Architekt von TXL, Professor von Gerkan, schlägt als Teilnutzung einen Prototyp einer „Energie-Plus-Stadt“ vor. Was würdest Du Dir wünschen?

Wünschenswert wäre es, viele freie, nicht genutzte bzw. bebaute Flächen zu erhalten, viele Radwege statt Straßen zu planen und, wenn es denn so kommt, eine möglichst moderne Industrie anzusiedeln, die den höchsten ökologischen Anforderungen hinsichtlich Bauweise und Produktion gerecht wird.

Interview: Jürgen Schimrock



„Werkstatt TXL“ - kreativ, innovativ, ökologisch

Vorstellung der „Werkstatt TXL“ am 1. Juli, Bambushalle Top-Tegel. Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer regt an, die „Marke Tegel“ mit Verstand, Gefühl und Weitsicht zu entwickeln. Insbesondere in Richtung der anwesenden IHK mahnte sie, die Nachnutzung TXL „als Herausforderung“ anzunehmen.

Sechs von der Senatsverwaltung eingeladene Architektenteams stellten ihre ersten Entwürfe, Ideen und Gedanken vor. Flughafenarchitekt Prof. Meinhard von Gerkan war bereits mit einer vom Senat beauftragten Studie befasst.

Anlaufpunkt Nachhaltiges Bauen

TXL+ - Prototyp einer Energie-Plus-Stadt, so die kurzgefasste Vision von Gerkans. Der Abriss aller Immobilien würde ca. 270 Mio. Euro kosten, zuzüglich wahrscheinlicher Kontaminierungsrisiken.

Er stellt sich einen „Anlaufpunkt Nachhaltiges Bauen“ vor, als Chance für Berlin und die Welt. Entlang der drei Kilometer langen Startbahnen soll eine „neue“, eine ökologische Stadt konzipiert werden, ange-dacht sind Freizeitaktivitäten, Bepflanzung zur Gewinnung von Biogas, Elektrofahrzeuge.

Das Terminal soll energetisch nicht verändert werden. Ein zweites Sechseck würde als „Photovoltaik-Farm“ entstehen.

„Showroom Umweltindustrie“

Es könnte ein „Showroom Deutsche Umweltindustrie“ entstehen, eine Konferenzfläche für 800 Plätze mit Photovoltaikdach, im Untergeschoss Parkplätze für 800 Fahrzeuge und Elektro-Tankstelle. Die heutigen Andock-Kabinen würden zu „Satelliten für das Wissen der Welt“.

Die weitgehend kostenlose Zurverfügungstellung würde diesen „Zugewinn für Berlin“ attraktiv für Investoren machen, das Angebot der Stadt abrunden.

Die weiteren Teams stellten sich anhand von Präferenzobjekten vor, waren noch nicht sehr konkret.

Drei große Fragen der Städte

In der Podiumsdiskussion äußerten sich VertreterInnen des Senats, der IHK, des Bezirks und des Bundes, Staatssekretär Lütke-Daldrup. Er verwies auf die „drei großen Fragen“ von Städten - den sozialen Zusammenhalt, den ökologische Umbau und das Nachdenken über eine postfossile Mobilität, eine neue Qualität innerstädtischer Bewegung. Man sollte das „Berliner Branding“ nutzen.

Ende des Jahres sollen die Werkstatteergebnisse vorgestellt und offen diskutiert werden. Man darf gespannt sein.

Jürgen Schimrock

Die Vision nimmt Form an. Prof. Gerkans Modell des „Showroom Deutsche Umweltindustrie“

Foto: J. Schimrock

Infos zur Nachnutzung TXL sind zu finden unter: www.die-linke-reinickendorf/kommunales/themen/flughafen_tegel

Patient oder Kunde?

Bereits der 20. Tegeler Dialog zur Demokratie

Dies war also schon der zwanzigste Tegeler Dialog zur Demokratie - die Zahl ist eine Aussage darüber, dass diese Gespräche im Roten Laden mit interessanten Persönlichkeiten zu aktuellen Themen inzwischen zu einer Institution geworden sind. Großes Dankeschön an den Bildungsverein „Helle Panke“ und den Moderator Dr. Klaus Gloede.

Diesmal ging es um Anforderungen an linke Gesundheitspolitik. Gesprächspartner waren Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe von der Goethe-Universität Frankfurt am Main, einer der namhaftesten Medizinsoziologen der Bundesrepublik, sowie Dr. Wolfgang Albers, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

„Gesundheitspolitik, das ist der gesellschaftliche Umgang mit der Krankheit und mit den Kranken“, sagt Prof. Dr. Deppe. Und er schiebt nach: „Die aktuelle Gesundheitspolitik läuft diametral entgegengesetzt zu dem Weg, der durch die Präambel des Statuts der Weltgesundheitsorganisation von 1948 gewiesen ist und auf dem in der Vergangenheit wertvolle Fortschritte erzielt worden sind.“

Er zitiert nicht jenen namhaften Mediziner seiner Uni, der da sagte, dass die Medizin immer mehr zur Hure der Ökonomie werde. Er sagt es sachlicher. „Das Gesundheitswesen wird kommerzialisiert, und das führt zu einer Kulturwende.“ Es wäre ja längst nicht alles gut gewesen in dem herkömmlichen Arzt-Patienten-Verhältnis, aber der Patient war ein kranker Mensch, der nach bestem Wissen und Gewissen mit dem versorgt werden musste, was seiner Gesundheit dienlich war. Jetzt aber wandele sich dieses Verhältnis, vermutlich sehr gegen den guten Willen vieler, zu einem zwischen Dienstleister und Kunde. Die von der aktuellen Politik gepriesenen Bausteine dieses Systemwandels heißen Markt, Wettbewerb und Privatisierung - und sie zwingen dazu, den einzelnen Krankheitsfall nach seinem Geldwert abzuschätzen, auf

Kosten und Gewinn. Neoliberalismus eben.

So ziemlich nebenbei nennt Prof. Dr. Deppe eine Zahl: Die Fallpauschalen der Gesetzlichen Krankenkassen decken lediglich Behandlungs- und Personalkosten sowie Ersatzinvestitionen ab - aber der Krankenhauskonzern Rhön AG erwirtschaftet eine Eigenkapitalrendite von etwa 20 Prozent. Auf wessen Kosten?

„Es muss auch im Kapitalismus soziale Elemente geben“, sagt Prof. Dr. Deppe. Aktuelle Aufgaben linker Gesundheitspolitik müssten deshalb vor allem eine umfassende solidarische Bürgerversicherung sein (die LINKE fordert als einzige Partei, auch die Vermögenseinkünfte einzubeziehen) sowie Aufbau und Ausweitung kommunaler Medizinischer (non-profit-) Zentren.

Es gab ein reges Frage-Antwortspiel danach. Wolfgang Albers verwies auf die Steuergesetzgebung, die die Kommunen an den Bettelstab gebracht hat und es ihnen erschwert, Leistungen vorzuhalten, die für alle zugänglich sein müssen. Aber er konnte auch darauf verweisen, dass die rot-rote Koalition Schluss gemacht hat mit der CDU-Praxis, öffentliche Unternehmen zu verscherbeln.

Hans Schuster

Am Rande Nach der OP

Vor einiger Zeit musste ich mich einer Operation unterziehen. Ein Tag Intensivstation und dann die normale Station. Es gab viele Gespräche mit anderen Patienten, Besuchern, den Schwestern und jungen Ärzten. Unterschiedliche Meinungen gab es zur Verweildauer der Patienten nach einer OP. Einige meinten, ein kurzer Aufenthalt im Krankenhaus erspart allen Menschen viel Geld.

Jawoll, sag ich. Wie wäre es, wenn die Patienten gleich vom OP-Tisch nach Hause entlassen werden? Blutspuren könnten verraten, ob der Patient nach Hause oder in die Kneipe verschwunden ist. Man könnte später noch mehr sparen: Chirurgen sollten ihr Handwerkzeug einpacken und zu den Patienten nach Hause gehen und auf dem Küchentisch operieren. So wären ganze Krankenhäuser einzusparen.

Spaß beiseite, diese Gedanken sind natürlich makaber, aber sie kommen einem angesichts der „Politik des Geldes“. Wie sieht es denn real aus, wenn der Patient eine OP überstanden hat und nach drei bis vier Tagen Aufenthalt im Krankenhaus nach Hause geschickt wird. Er soll sich bei seinem Hausarzt melden und nach zehn Tagen die Fäden oder Klammern entfernen lassen.

Schmerzen braucht er keine zu leiden. Schnell wird eine Schmerztablette verabreicht. Nicht Ursachen werden gesucht, nur die Wirkung bekämpft. Auch Folge des Sparzwangs.

Noch ein Vorschlag zur Güte: Dem Patienten werden Schere, Zange und Tupfer mitgegeben, das Entfernen der Klammern oder Nähte wird von der Familie oder guten Freunden erledigt. Eine innovative, kreative und gleichzeitig kontaktfördernde Sparmaßnahme, oder?

Ach ja, die benutzten Utensilien müssten natürlich wieder zurück. Werden ja noch gebraucht...

Euer Patient K-H Jo

Termine

24. August, 18 Uhr: **Mitgliederversammlung**, Thema: Innere Sicherheit - Konzepte der LINKEN

Referent: **Udo Wolf, Stellv. Vorsitzender der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus**, integrationspolitischer Sprecher

5. September, ab 14 Uhr: **9. Hof-fest im Roten Laden**. Der Bezirksvorstand lädt alle Mitglieder und Freunde unserer Partei ein.

Gesundheit ist der Zustand vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens, definiert die Präambel zum Statut der Weltgesundheitsorganisation. Gesundheit ist ein Menschenrecht ohne Ansehung von Rasse, Religion, politischem Bekenntnis oder wirtschaftlicher und sozialer Stellung. Dieses Recht sei zu gewähren durch unentgeltlichen Zugang zu notwendigen präventiven, kurativen und nachsorgenden Leistungen bei freier Arztwahl.

Impressum

Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE., Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
redaktion@die-linke-
reinickendorf.de